

II. Begründung der Ansprüche Seiner Erlaucht des Graf-Regenten Leopold und seiner Herren Brüder.

I.

In dem Rechtsstreite über die Thronfolge im Fürstentum Lippe erging am 22. Juni 1897 der Schiedspruch dahin:

„Seine Erlaucht der Graf Ernst Casimir Friedrich Carl Eberhard, Graf und Edler Herr zur Lippe-Biesterfeld ist nach Erledigung des zur Zeit von Seiner Durchlaucht, dem Fürsten Karl Alexander zur Lippe innegehabten Thrones zur Regierungsnachfolge in dem Fürstentum Lippe berechtigt und berufen.“

Der verstorbene Graf Ernst hat folgende Söhne hinterlassen:

1. Seine Erlaucht den Graf-Regenten Leopold, geboren am 30. Mai 1871;
2. Seine Erlaucht den Grafen Bernhard, geboren am 26. August 1872;
3. Seine Erlaucht den Grafen Julius Ernst, geboren am 2. September 1873.

Mit Unrecht wird von Seiner Durchlaucht dem Fürsten Georg von Schaumburg geltend gemacht, daß der Inhalt des Schiedspruches für die Rechte dieser Herren irgendwelche Bedeutung nicht habe.

Die rechtliche Bedeutung und die Tragweite des Schiedspruches ist in den vorstehenden Ausführungen des Herrn Geheimen Justizrats Professor D. Dr. Rahl „Über die Rechtskraft des Dresdener Schiedspruchs“ unwiderleglich erörtert und festgestellt.

Es soll hier nur Folgendes kurz zusammengestellt und in den Vordergrund gerückt werden.

Die Vorgeschichte sowohl des Schiedsvertrages wie des Schiedspruches ergeben, daß nach der Absicht sämtlicher Beteiligten nicht nur über das Recht eines einzelnen entschieden, sondern öffentlich-rechtliche Verhältnisse geregelt werden sollten.

Nachdem im Jahre 1895 die Lippische Regierung sich an den Bundesrat gewendet und beantragt hatte, durch Reichsgesetz das Reichsge-

richt mit Erledigung des Thronstreites zu betrauen, hat der Bundesrat zwar diesen Antrag abgelehnt, aber durch Bundesratsbeschluß vom 1. Februar 1896 den Reichskanzler ersucht, ein Kompromiß für die Bestellung eines Schiedsgerichtes herbeizuführen. Der Dresdener Schiedsspruch ist deshalb im letzten Ende die vom Bundesrat angeordnete und herbeigeführte Erledigung einer Streitigkeit gemäß Art. 76 der Reichsverfassung.

Anschütz, Der Fall Friesenhausen 1904, S. 2.

Der Schiedsvertrag ist abgeschlossen von den Unterzeichnern für sich und die Linien, deren Chefs sie sind. Es kann einem Zweifel nicht unterliegen, daß die vom Schiedsgericht abzugebende Entscheidung den Streit nicht nur für ihre Person, sondern auch für ihre Linien, d. h. die Agnaten der Linien Lippe-Biesterfeld, Lippe-Weißenfeld und Lippe-Alverdissen erledigen sollte.

Tripel, Der Streit um die Thronfolge im Fürstentum Lippe 1903, S. 105.

Der Schiedsvertrag von 1896 ist durch das vom Prinzen Adolf mit dem Landtage vereinbarte Gesetz vom 17. Oktober 1896 landesrechtlich genehmigt:

„Die nach dem anliegenden Schiedsvertrage herbeigeführte Erledigung des Thronstreites ist für die Thronfolge im Fürstentum Lippe maßgebend.“

Der Schiedsspruch ist vom Fürstlich Lippischen Kabinetsministerium durch Bekanntmachung vom 13. Juli 1897, Nr. 18, in der Gesetzsammlung des Fürstentums Lippe vom 17. Juli 1897 publiziert.

Daraus ergibt sich, daß der Schiedsspruch, ergangen unter Schutz des Deutschen Reiches,

1. auf der Autonomie der Mitglieder der Familie der Grafen zur Lippe beruht,
2. daß sein Inhalt Teil des Lippischen Landesrechts ist.

Tripel S. 106 ff.

Anschütz S. 2 ff.

Gutachten der Leipziger Juristenfakultät S. 35 ff.

Der Schiedsspruch ist also einmal so anzusehen, als ob die Familie der Grafen zur Lippe ein seinem Inhalt entsprechendes Hausgesetz vereinbart und ferner so, als ob der Lippische Gesetzgeber ein seinem Inhalte entsprechendes Gesetz erlassen hätte. In diesen beiden Eigenschaften ist er für alle Agnaten, auch die nicht unmittelbar am Schiedsvertrage beteiligten, bindend und maßgebend.

Daraus ergibt sich mit notwendiger Konsequenz:

1. daß nicht nur landesgesetzlich, sondern auch nach Familienautonomie feststeht, daß der Graf Ernst zur Lippe-Biesterfeld Angehöriger der Familie des Grafen zur Lippe war, S. 67 des Schiedsspruchs;
2. daß in der Familie der Grafen zu Lippe eine Ehe, welche ein Mitglied dieser Familie mit einer Dame des niederen Adels eingeht, nicht als Mißheirat anzusehen ist, gleichgültig, ob die dem niederen Adel angehörige Frau dem Freiherrn- oder Grafenstande oder einfachen, nichtqualifizierten Adel angehört, daß es dabei auf den Adel der Mutter und weiterer weiblichen Vorfahren nicht ankommt; Schiedsspruch S. 23 ff. 25.,
3. daß die vom Grafen Ernst abstammenden Grafen zur Lippe, wenn sie aus einer Ehe stammen, die die vom Schiedsspruche für die Ebenburt aufgestellten Erfordernisse erfüllt, zur Thronfolge im Fürstentum Lippe berufen sind.

Tripel, S. 88 ff., S. 109.

Anschütz, S. 2—8.

Gutachten der Leipziger Juristenfakultät, S. 2.

Auch aus den Erklärungen Sr. Durchlaucht des Fürsten Georg in dem früheren schiedsgerichtlichen Verfahren ergibt sich nichts anderes. Dem Antrage des Grafen Ernst, zu erkennen, daß die gräflich erbherrliche Linie zur Lippe-Biesterfeld zur Regierungsnachfolge im Fürstentum Lippe zuerst und ausschließlich berechtigt und berufen sei, wurde widersprochen, weil das Recht der Linie Schaumburg auf Thronfolge auch gewahrt bleibe, wenn die Biesterfelder Linie als zuerst berechtigt anerkannt werde, und weil gegen die Linie Biesterfeld,

speziell gegen die Deszendenz des Grafen Ernst noch selbständige Anfechtungsgründe vorliegen, **die hier nicht zur Erörterung stehen.** Daraus ergibt sich, daß die Entscheidung nur über solche Fragen nicht erfolgen sollte, durch die selbständige Anfechtungsgründe gegeben waren, daß aber über die gestellten Fragen definitiv entschieden werden sollte. Ubrigens werden die noch lebenden Mitglieder des Schiedsgerichts: Senatspräsident beim Reichsgericht Dr. Bolze und Reichsgerichtsrat a. D. Müller in Leipzig als Zeugen darüber vorgeschlagen, daß das Schiedsgericht in dieser Weise seine Aufgabe aufgefaßt, den Tenor der Entscheidung auf die Person des Grafen Ernst nur beschränkt hat, weil über dessen Sukzessionsfähigkeit zu entscheiden war, daß aber bewußt auch für die übrigen Mitglieder der Familie die entscheidenden Rechtsätze haben aufgestellt werden sollen.

Wollte man aber lediglich die Natur des Schiedsspruchs als eines Urteils betonen, also alle aus dem Familienschluß sich ergebenden Folgerungen zur Seite stellen, so würde sich der Schluß gar nicht abweisen lassen, daß der Inhalt des Urteils sich auf die ganze rechtliche Stellung des Grafen Ernst in der Familie der Grafen Lippe beziehen sollte.

Nachdem vom Schiedsgerichte anerkannt ist, daß Graf Ernst Mitglied der Familie, vollberechtigter Agnat der Grafen zur Lippe ist, ist es ausgeschlossen, daß seinen Söhnen oder Brüdern aus dem Grunde, daß dies nicht der Fall sei, die Zugehörigkeit zur Familie bestritten wird. Zweifellos gilt dies für seine Söhne. Gleichgültig ist, daß sie ihre Ansprüche aus einer *successio ex pacto et providentia majorum* ableiten. Entscheidend ist lediglich, daß sie ihre Ansprüche darauf stützen, daß sie vom Grafen Ernst abstammen. Man wird hier die Analogie des Lehnrechts heranziehen dürfen. Damit scheidet die Frage, ob die Ehe des Grafen Wilhelm Ernst zur Lippe-Biesterfeld mit Modeste von Unruh eine ebenbürtige Ehe war, aus dem Kreise der Betrachtungen aus.

Dr. Dreyer und Professor Dr. Anschütz, *Annalen des Deutschen Reiches*
1904. Nr. 12. S. 927.

Professor Dr. Walther Schücking im Juristischen Literaturblatt Nr. 161
B. XVII Nr. 1 vom 17. Januar 1905.

Auch Kohler im Archiv für öffentliches Recht XVIII. Band 1903,
S. 650.

Es ist deshalb, soweit die Rechte des Grafen Leopold und seiner Brüder in Betracht kommen, höchstens zu untersuchen, ob die Ehe des Grafen Ernst mit der Gräfin Caroline Cäcilie Klotilde, Reichsgräfin von Wartensleben, den vom Schiedsgerichte aufgestellten oder doch den aus allgemeinen Grundsätzen sich ergebenden Erfordernissen entspricht.

Die Ehe ist abgeschlossen zu Mannheim am 16. September 1869. Die Gräfin ist am 6. April 1844 zu Mannheim aus der Ehe geboren, die Reichsgraf Leopold Otto Friedrich Franz von Wartensleben mit Mathilde Bohlen-Halbach, der ehelichen Tochter des in Mannheim wohnenden Rentners Arnold Halbach und dessen Ehefrau Karoline Bohlen, geschlossen hat.

Wartensleben, Nachrichten von dem Geschlechte der Grafen von Wartensleben (Berlin 1858, B. 2, S. 285).

Der Rentner Halbach stammte aus einer in Müngsten bei Remscheid ansässigen Familie, wo sein Bruder einen alten Familienitz und Stahlhämmer besaß. Er ging nach Amerika, wurde dort königlich Preussischer Konsul und heiratete dort Caroline Bohlen oder von Bohlen.

Die Familie Wartensleben gehörte ohne Zweifel zum alten niederen Adel.

cf. Wartensleben a. a. O. B. 1, S. 41, 47, S. 52, S. 99.

Gutachten der Leipziger Juristenfakultät S. 3—4.

Die Ehe eines zum niederen Adel gehörigen Herrn mit einer Bürgerlichen ist als eine ebenbürtige anzusehen. Die daraus geborenen Kinder gehören zum niederen Adel.

Gutachten der Leipziger Juristenfakultät und die dort zitierte Literatur S. 4 ff.

Schiedsspruch S. 23.

Auch im Lippischen Hause besteht kein Familienvertrag und keine Observanz, welche für die Ehe der Mitglieder etwas anderes als die Zugehörigkeit zum niederen Adel verlangen.

Gutachten der Leipziger Juristenfakultät S. 16 ff.

Unter allen Umständen ist die Ebenburt der Ehe des Grafen Ernst gedeckt durch den in Gemäßheit der Deklaration des regierenden Fürsten von Lippe-Deimold vom 16. Mai 1853 gegebenen Konsens des Fürsten Leopold zur Lippe vom 23. September 1868 folgenden Wortlauts:

„Hochgeborener Graf,
Freundlich geliebter Vetter!

Ew. Liebden haben in dem gefälligen Schreiben vom 11. d. M. Mir die Anzeige gemacht, daß Ihr ältester Sohn, der Graf Ernst Casimir Friedrich Carl Eberhard zu Lippe-Biesterfeld mit der Gräfin Caroline von Wartensleben sich ehelich zu verbinden beabsichtigen.

Um dem ausgesprochenen Wunsche zu genügen und in Berücksichtigung, daß Ew. Liebden Ihre Einwilligung zu dieser Ehe bereits gegeben haben, nehme ich keinen Anstand, Meinen Konsens hierdurch gleichfalls zu erteilen.“

Die Deklaration, welche zur Aufrechterhaltung des Ansehens und der Würde des Lippischen Hauses „vermöge des Uns als regierenden Familien- und Stammhaupts zustehenden Autonomierechts“ in Kraft eines Hausgesetzes erlassen ist, sagt ausdrücklich, daß der Konsens nur dann erteilt werde, wenn sowohl die Standesmäßigkeit der Ehe als die Mittel zu einem standesmäßigen Unterhalt glaubhaft nachgewiesen sind.

Die Gültigkeit der Deklaration ist von keinem Mitgliede des Hauses beanstandet oder Protest dagegen erhoben. Die Standesmäßigkeit der Ehe wird damit dem Ermessen des Hauptes der Familie überlassen. Nachdem der Fürst Leopold in dieser Eigenschaft die Ebenbürtigkeit der Ehe ausdrücklich anerkannt hat, kann sie nicht mehr in Zweifel gezogen werden.

Gutachten der Leipziger Juristenfakultät S. 21.

Seine Erlaucht der Graf Leopold hat sich am 16. August 1901 vermählt mit Ihrer Hoheit der Prinzessin Bertha von Hessen-Philippsthal.

Die Ebenbürtigkeit der Ehe ist nicht bestritten. Seine Frau Gemahlin gehört unbestritten dem hohen Adel an.

Aus dieser Ehe sind folgende Kinder entsprossen:

1. Graf Ernst, geboren am 12. Juni 1902,
2. Graf Leopold Bernhard, geboren am 19. Mai 1904.

Das Thronfolgerrecht dieser Enkel des Grafen Ernst kann daher aus irgendwelchen selbständigen Anfechtungsgründen überhaupt nicht bestritten werden.

II.

Sollte aber der Schiedsspruch nicht eine Begrenzung der zu entscheidenden Frage zur Folge haben, so würde sowohl seinen rechtlichen Ausführungen wie den in ihm getroffenen tatsächlichen Feststellungen in allen Punkten beizutreten sein.

Vorerst kommen aber folgende Erwägungen in Betracht:

A) Obwohl die von dem hohen Schiedsgerichte zu entscheidende Frage in dem Schiedsvertrage vom 5./8. November 1904 dahin formuliert ist, ob und in welcher Reihenfolge die pp. Seitenverwandten des Grafen Ernst zur Lippe-Biestersfeld nach dem Ableben des regierenden Fürsten Alexander zur Regierungsnachfolge in dem Fürstentum Lippe berechtigt und berufen sind, so ergibt doch der Inhalt des Schiedsvertrages, daß durch den Schiedsspruch die endgültige Erledigung des Thronstreites bestimmt, und daß durch ihn die nach dem Tode des Fürsten Alexander eintretende Regierungsnachfolge definitiv geregelt werden solle. Daraus und aus dem Umstande, daß die Schaumburger Linie ihre Legitimation zur Erhebung solchen Streites nur aus ihrer Zugehörigkeit zur Familie der Grafen zur Lippe ableiten kann, fließt ohne weiteres ab, daß der Nachweis der Zugehörigkeit zu dieser Familie die notwendige Voraussetzung der an das Schiedsgericht gerichteten Anträge Seiner Durchlaucht des Fürsten Georg ist. Seine

Erlaucht, der Graf Leopold zur Lippe, befindet sich zur Zeit im Besitz der sich aus der Zugehörigkeit zur Familie der Grafen zur Lippe ergebenden Rechte. Diese können ihm auf Antrag des Fürsten Georg nur aberkannt werden, wenn dieser nachweist, daß er Agnat des Hauses Lippe ist, daß ihm bessere Rechte als dem Grafen Leopold zustehen. Unter allen Umständen trifft nicht ihn, sondern denjenigen, der behauptet, daß nicht alle Ehen, aus denen er seine Eigenschaft als Graf zur Lippe ableitet, die Erfordernisse der Ebenbürtigkeit hätten, die Beweislast. Würde man dies nicht annehmen, so würde auch der Nachweis z. B., daß Carl Philipp von Anruh ehelicher Sohn des Ludwig Philipp von Anruh gewesen ist, nicht genügen, weil auch gegen die eheliche Abstammung dieses Herrn, eventuell wieder gegen dessen Vater dieselben Bedenken wie gegen ihn erhoben werden könnten.

Ausführlich ist die richtige Verteilung der Beweislast begründet in dem Gutachten des Geh. Justizrats Professor Dr. Konr. Hellwig, Berlin, 13. November 1904, und des Professors Dr. Lothar von Seuffert, München, 4. Januar 1905 (als Anlagen hierneben überreicht).

Sollte sich ergeben, daß die Linie Lippe-Alverdisen durch die Ehe des Grafen Friedrich Ernst zur Lippe mit dem Fräulein von Griesenhausen am 27. September 1722 aus dem Hause des Grafen zur Lippe ausgeschieden sei, so würde sie unmöglich die Rechte der älteren Linie lediglich dadurch ausschließen können, daß sie aus der Zahl der später im Hause Lippe-Biesterfeld abgeschlossenen Ehen eine herausgreift und deduziert, daß, weil nicht bewiesen sei, daß der Vater der Ehefrau, der General von Anruh, nicht zum alten Adel gehört habe, ihr diese Linie nicht im Wege stehe.

Eventuell kann doch die Schaumburger Linie als die jüngere der älteren die Zugehörigkeit zur Familie nicht aus dem Grunde bestreiten, es fehle einer Ehe das Erfordernis der Ebenbürt, das von derjenigen Ehe nicht erfüllt wurde, aus der sie selbst ihre Zugehörigkeit zur Familie ableiten. Alle Ausführungen, daß in der Familie der Grafen zur Lippe zur Ebenbürt Zugehörigkeit zum hohen Adel gehöre, sind deshalb im Munde der Gegenseite unbeachtlich.

Es gehörte das Fräulein von Friesenhausen, wie von Anschütz zweifelsfrei nachgewiesen wird, nur dem niederen Adel an. Ihre Erhebung in den Rang einer Reichsgräfin am 14. März 1752 (Anschütz. Fall Friesenhausen, Anlage X, S. 11) konnte daran nichts ändern.

1. Sie war nach der Absicht der Beteiligten nicht bestimmt, dem Fräulein von Friesenhausen mehr wie einen Rang zu erteilen, weil sie als Begründung nicht vorhandener Sukzessionsrechte weder erbeten noch erteilt war.

2. Wenn die Ehe nicht ebenbürtig gewesen wäre, so hätte die Rangserhöhung sie nach Art. XXII, § 4 der Wahlkapitulation Karl VII. sie nicht zu einer ebenbürtigen machen können, weil sie dann als notorische Mißheirat anzusehen gewesen wäre, und weil die erforderlichen Konsense den Agnaten nicht erteilt sind. Der Konsens des regierenden Grafen von Schaumburg und eines anderen Mitgliedes dieses Hauses genügt nicht. Von den Detmolder Grafen ist kein Konsens erteilt, und dieser allein ist entscheidend.

In Betracht kommt in dieser Beziehung ein von den Grafen Friedrich Carl August zur Lippe-Biesterfeld und Ferdinand Johann Ludwig zur Lippe-Biesterfeld unterzeichnetes Votum de dato Biesterfeld 19. März 1751, das sich mit der Heranziehung der Alverdischer Linie zu einer Familienaktion gegen die Kinder des Grafen Christoph zur Lippe aus dessen Ehe mit Anna Susanne Fontonier beschäftigt, in dem, wenn auch verhüllt, die Ebenbürtigkeit der Ehe des Grafen Friedrich Ernst angezweifelt wird.

Anschütz, Fall Friesenhausen, S. 27. 28.

Es hat auch der regierende Graf Simon August in einem Prozesse 1769 und 1770 den Grafen Philipp Ernst, den Sohn der Friesenhausen, als „unecht geboren“, „unebenbürtig“, „ex unpari matrimonio erzeugt“, bezeichnet, in der Absicht, ihm hiermit die Eigenschaft eines legitimen Agnaten und Erbherrn des Hauses abzusprechen.

Anschütz, Fall Friesenhausen S. 51.

Prozeßakten des Reichskammergerichts Schaumburg-Lippe-Alver-

dissen contra Lippe-Detmold mandati de non contraveniendo Bd. I, Blatt 25, 27.

Anschieß, Fall Griesenhausen S. 109.

Die neuerdings von Schoen publizierte Schrift über das kaiserliche Standeserhöhungsrecht und den Fall Griesenhausen (1905) hat die fest begründeten wissenschaftlichen Ergebnisse in keiner Weise zu erschüttern vermocht.

B) Die Bedenken, die von der Gegenseite in dem Schriftsatz zur Begründung der Ansprüche Seiner Durchlaucht des Fürsten Georg von Schaumburg-Lippe gegen die Richtigkeit des Schiedsspruchs von 1897 vorgetragen werden, sind sämtlich unzutreffend. Der Anordnung dieses Schriftsatzes entsprechend wird darauf erwidert:

1. Abschnitt III. Die Ebenbürtigkeitsfrage.

Bei den Verhandlungen vor dem Dresdner Schiedsgerichte haben beide Teile anerkannt, daß ein für die zu beurteilende Ehe maßgebendes Hausgesetz für das Gesamt-Lippe nicht bestehe. Es haben die damaligen Vertreter der Schaumburger Linie durchaus nicht alle Ausführungen des Herrn Dr. Reuling zu ihren eigenen gemacht, was voraussichtlich auch jetzt nicht geschieht. Seine Ausführungen sind eben nicht überzeugend für das Schiedsgericht gewesen.

Daß die von der Gegenseite angezogenen Hausgesetze, nämlich die Bestätigung des Primogeniturrechts durch Kaiser Rudolf II vom 12. Februar 1593, das Testament Simon VI. vom 20. August 1597, der Landtagschluß vom 22. Juli 1651, nichts über die Ebenbürtigkeit der Ehen enthalten, ergibt deren Inhalt. Die Schlüsse, die die Gegenseite aus ihnen zieht, sind unzutreffend. Nirgends ist gesagt, daß für die Ehen der Lippischen Grafen das Recht der großen feuda imperii gelte, auch ist es unrichtig, daß zur Sukzession in solche nur solche Personen befähigt sind, welche von beiden Seiten her dem höchsten Geburtsstande des Reiches angehören. Daß die Sukzession durch Abstammung im Mannesstamm und nach Primogenitur erfolgt, wird diesseits nicht bestritten, wohl aber, daß die Erbfolgefähigkeit nach

Lehnrecht und nicht nach Landrecht erfolgt, wenn dadurch ein Mehr gesagt sein soll, als daß agnatische Erbfolge stattfindet. Deshalb kommen für die Zugehörigkeit zur Familie der Grafen zur Lippe die Bestimmungen des Sächs. Lehnrechts Art. II § 1 und der *auctor vetus de beneficiis* nicht in Betracht. Sie sind aber auch nicht dahin zu verstehen, daß zur Lehnsfolgefähigkeit vier ritterliche Ahnen erforderlich sind.

Daß der Hauptvergleich vom 27. Mai 1762 nichts über die Ebenbürtigkeit enthält, scheint auch die Gegenseite anzunehmen. Daß der Hauptvergleich für das Gesamthaus Lippe die Vorschrift des § 18 des Brüdervergleichs vom 1749 hätte einführen wollen, ist eine mit dem Inhalte desselben nicht zu vereinigende Behauptung.

2. Abschnitt II. Brüdervergleich von 1749.

A) Es wird jenseits die Ansicht festgehalten, daß, obgleich der Brüdervergleich von 1749 nur von den Vertretern der Linien Lippe-Weißerfeld und Lippe-Weißerfeld abgeschlossen ist, und obgleich er sich nur mit den dort aufgeführten Vermögensstücken beschäftigt, er doch auch für die Sukzession im Lippischen Gesamthause maßgebend sein soll. Die notwendige Konsequenz dieser Ansicht wäre das merkwürdige Resultat, daß, wenn in der Hauptlinie der Grafen zur Lippe noch Familienmitglieder vorhanden wären, an deren Sukzessionsfähigkeit andere Anforderungen gestellt würden als an Mitglieder derjenigen Linien, die den Vertrag von 1749 abschlossen. Die Einwendungen der Gegenseite sind aber auch unzutreffend. Wenn auch das Paragium der Brüder Teil des Ganzen war, so wurde es doch von den Paziszenten, die die Vermögensstücke, auf die der Vergleich sich bezog, für sich in Anspruch nahmen, nicht als Teil des Ganzen angesehen. Sie wollten darüber Bestimmungen treffen, als wenn sie nicht zu einem Ganzen gehörten, jedenfalls über nichts anderes wie über diese Vermögensstücke. Wäre der Ausgangspunkt der Deduktion der Gegenseite richtig, so würde daraus doch nur folgen, daß, weil die Paziszenten nicht über das Ganze verfügen konnten und wollten, auch ihre Verfügung über die Nachfolge in den Teil ungültig war.

Darauf, ob die kontrahierenden Brüder das Recht des Hauses für sich haben verschärfen wollen, kommt es nicht an. Vielleicht waren sie aber auch der Meinung, daß in dem Hause dasselbe oder etwas schärferes Rechtens war.

Wenn, wie allerdings von den Zivilgerichten angenommen ist, für die im Hauptvergleich von 1762 als Entschädigung ausgeworfene Lippische Rente die Voraussetzungen des Brüdervergleiches bestehen sollten, so folgt daraus weder für die Hauptlinie der Grafen zur Lippe noch für die Nebenlinien irgend etwas für die Voraussetzungen der Sukzession in das Stammvermögen.

Alle Deduktionen des Gegners scheitern, wie das Schiedsgericht von 1897 mit Recht hervorgehoben hat, am § 10 des Brüdervergleichs, der die Vermögensmasse, auf die er sich bezog, streng beschränkt hat. Wenn auch die Brüder die Sukzession in Land und Leute in bezug auf diese Vermögensmasse hätten regeln wollen, so wäre dies doch nur die Regierung in den zum Fideikommiß gemachten Landesteilen gewesen.

Eine solche Sukzession ist aber infolge des Abschlusses des Hauptvergleichs nie eingetreten.

B) Auf die Auslegung des § 18 des Brüdervergleichs kommt unter diesen Umständen nichts an. Sollte hier mehr wie ein bloßer Titel für die Ehefrauen verlangt sein, so würde die Schaumburger Linie wegen der Friesenhausenschen Ehe nicht mehr zum Hause der Grafen zur Lippe gehören.

C) Die Bedeutung eines für das Haus der Grafen zur Lippe maßgebenden Weistums kann der Brüdervergleich schon deshalb nicht haben, weil nicht alle Agnaten, namentlich nicht die Mitglieder der älteren Linie dabei beteiligt waren. Er konnte höchstens als das **Bestreben** aufgefaßt werden, feste Vorschriften über die Ebenburt innerhalb des Hauses zu treffen.

3. Abschnitt III. Hausobservanz.

A) In dieser Beziehung kann lediglich auf den Inhalt des Schiedsspruchs von 1897 verwiesen werden. Hätte observanzmäßig im Hause Lippe im 18. und 19. Jahrhundert zur Ebenburt die Zugehörigkeit zum hohen Adel gehört, so würde zweifellos das Haus Schaumburg nicht mehr dazu gehören. Daß seit dem Erwerb der Souveränität die regierenden Herren sich mit Damen aus dem hohen Adel verheiratet haben, kann eine das Hausrecht abändernde Wirkung um so weniger haben, als die übrigen Mitglieder der Familie sich weder ausdrücklich noch stillschweigend damit einverstanden erklärt oder sich der Observanz unterworfen haben. Wenn aus den Gründen des Schiedsspruchs die Ehe des Grafen Wilhelm Ernst mit Modeste von Unruh ebenbürtig ist, die aus derselben entsprossenen Kinder also zur Familie des Grafen zur Lippe gehören, wenn ferner im Anfang des Jahrhunderts noch eine Anzahl der Grafen zur Lippe-Weißenfeld aus ebenbürtigen Ehen stammten, so fehlt jede Berechtigung, bei einer Untersuchung über eine Hausobservanz alle diese Ehen außer Betracht zu lassen. Daß die regierenden Herren zur Hebung des Ansehens ihres Hauses sich möglichst vornehm zu verheiraten suchten, ist selbstverständlich. Eine das ganze Haus bindende Observanz konnte sich dadurch nicht bilden. Gleichgültig ist auch, daß die Nebenlinien von den Erwerbern der Lippischen Fürstendiplome von 1720 und 1789 nicht abstammten. Die regierenden Grafen zur Lippe haben nie behauptet, daß sie durch diese Diplome aus ihrer Familie ausgeschieden seien, haben vielmehr die Nebenlinien bis in die neueste Zeit als ihre Agnaten anerkannt. Der beste Beweis ist dafür der Hauptvergleich vom 24. Mai 1762. Sind sie aber nicht ausgeschieden, so sind ihre Erben nach dem Rechte ihrer Familie so lange zu beurteilen, bis durch Hausgesetz etwas anderes bestimmt wird. Daran kann auch die Auffassung eines Fürsten, wie sie die Gegenseite in der Erklärung des Fürsten Leopold vom 14. Januar 1858 findet, nichts ändern. Es steht entgegen die Deklaration desselben Fürsten vom 10. Mai 1853, die in Kraft eines Hausgesetzes erlassen ist.

B) Ebenso wird bestritten, daß nach Hausobservanz in allen Linien des Lippeschen Gesamthauses reichsgräflicher Titel neben dem Ahnenadel das zur Ebenbürtigkeit erforderliche Mindestmaß gewesen ist. Auch hier wird darauf hingewiesen, daß der Sohn des Grafen Schaumburg aus der Ehe mit Fräulein von Friesenhausen zur Zeit, als diese in den Reichsgrafenstand erhoben wurde, schon 29 Jahre alt war. Nach der Behauptung der Gegenseite würde er aus einer nicht ebenbürtigen Ehe stammen, denn das wird wohl nicht behauptet werden sollen, daß im Hause der Grafen zur Lippe eine Observanz dahin bestanden habe, daß die aus einer nicht ebenbürtigen Ehe stammenden Kinder dadurch Mitglieder der Familie würden, daß ihre Mutter nachträglich in den Reichsgrafenstand erhoben wurde.

Zur Ebenbürtigkeit in der Lippischen Familie genügte die Zugehörigkeit zum niederen Adel. Das Bestreben des Grafen zur Lippe, ihren demnächstigen Frauen einen möglichst vornehmen Titel durch den Kaiser zu verschaffen, erklärt sich einmal durch die Bestimmungen des Brüdervergleichs über die Lippische Rente, sodann aber auch durch das Bestreben, den Glanz der Familie durch deren Verschwägerung mit vornehmen Namen zu heben.

C) Es ist unrichtig, wenn der Begriff des alten Adels mit dem des Ahnenadels identifiziert wird. Der Gegensatz zum alten Adel ist neuer Adel, Briefadel, d. h. solcher Adel, von dem feststeht, daß er erst neuerdings verliehen ist. In diesem Sinne mag der Adel der Familie von Alengel im Jahre 1819 als neuer Adel angesehen sein. Ahnenadel, bei dem eine Anzahl adliger Ahnen von Vater- und Mutterseite vorgeschrieben ist, ist für Stifts- und Turnierfähigkeit häufig vorgeschrieben, deckt sich aber nicht mit dem Begriff des alten Adels. Alter Adel geht nicht verloren durch Geburt aus einer Ehe mit einer bürgerlichen Mutter. Er ist vorhanden, wenn nachgewiesen wird, daß die Familie seit unwordenklarer Zeit für adlig gehalten und geehrt ist.

Es wird verwiesen auf das Gutachten der Leipziger Juristenfakultät S. 12 ff. und das in der Anlage überreichte Gutachten über die Thronfolgefähigkeit der Söhne des verstorbenen Grafregenten Ernst zur

Lippe-Biesterfeld im Fürstentum Lippe von Geh. Justizrat Professor Dr. Otto Gierke, Berlin, 1. Januar 1905.

Es liegt nichts dafür vor, daß in dem Hause der Grafen zur Lippe eine Observanz sich gebildet hat, nach der nicht niederer Adel zur Ebenbürtigkeit genügt, sondern Stiftsadel erfordert wurde, daß also bei Eingehung einer Ehe der Nachweis einer Anzahl von Ahnen beider Eltern gefordert wurde.

4. Abschnitt IV. Das gemeine Recht.

A) Auch in dieser Beziehung ist neben dem im Schiedsspruch von 1897 und dem Gutachten der Leipziger Juristenfakultät S. 9 ff. Ausgeführten kaum etwas zu sagen. Es soll deshalb nur auf die neuen Ausführungen der Gegenseite etwas erwidert werden. Danach soll sich im Anschluß an Art. XIV der Deutschen Bundesakte das gemeine Recht dahin entwickelt haben, daß in denjenigen Familien, welche die Souveränität erwarben, zur Ebenbürtigkeit die Zugehörigkeit zum hohen Adel gehöre. Der früher vertretene Standpunkt, daß die deutsche Bundesakte Vorschriften über die Ebenbürtigkeit enthalte, wird jetzt verlassen und anerkannt, daß er nur den Mediatisierten dasjenige Konnubium mit den souveränen Häusern belasse, welches sie auf Grund ihrer Landeshoheit bis 1806 besaßen.

War bis 1803 und 1806 die Zugehörigkeit zu der Familie, die ihre Landeshoheit verlor, zur Ebenburt in allen reichsunmittelbaren Familien genügend, so wurde den Familien dieses Recht auch für die Zukunft durch die Bundesakte garantiert. Darüber aber, daß in Zukunft für die Ebenburt der mediatisierten Familien strengere Grundsätze in der Weise aufgestellt seien, so daß ebenbürtig nur diejenigen seien, die dieselbe strenge Eheschließungspraxis wie die souveränen Herren befolgten, sagt die Bundesakte nichts. Es ist rein willkürlich, den Verfassern derselben eine solche Absicht unterzuschreiben.

Übrigens ist es auch unrichtig, daß sich in Deutschland seit 1806 ein Gewohnheitsrecht dahin gebildet habe, daß das Mitglied einer souveränen Familie sich ebenbürtig nur mit einer Dame verheiraten könne,

die entweder in ebenbürtiger Ehe einer souveränen oder einer solchen Familie geboren ist, in der nur Ehen mit Damen aus hohem Adel abgeschlossen sind. Daß eine Reihe von Hausgesetzen solche Bestimmungen enthalten, mag richtig sein. Daß dies aber gemeines Recht sei, wird entschieden bestritten.

Ganz willkürlich ist auch die Behauptung, daß es für die Lehre von der Ebenbürtigkeit für die Zeit von 1806 nicht darauf, ob die betreffenden Geschlechter altfürstlich oder neufürstlich, altreichsgräfllich oder neu-reichsgräfllich, sondern nur darauf ankomme, ob das Geschlecht ein altes Dynastengeschlecht oder ob es aus der Ministerialität hervorgegangen sei. Von keinem der alten Schriftsteller, die der betreffenden Zeit und ihren Anschauungen nahe standen, wird davon gesprochen.

In der That war auch im Deutschen Reiche das Bewußtsein eines Unterschiedes zwischen den alten Dynasten und den Ministerialen vollständig verloren gegangen, die letzteren waren mit der Zeit zum Teil vornehmer wie die ersten geworden. Abgesehen von der Ausführung bei Hauptmann ist bis dahin noch niemand auf den Gedanken der Aufstellung eines solchen in bezug auf die Ebenburt gekommen, und hat dieser Gedanke, soviel bekannt, auch noch nirgend Billigung gefunden.

Rehm, Modernes Fürstenrecht, S. 153, 159, 161, 163 ff.

Dagegen läßt sich ein Unterschied in der Ehepraxis der altfürstlichen und neufürstlichen, d. h. der reichsgräflichen Familien wohl erkennen. Es kann auf die bei Göhrum zusammengestellte Übung in den verschiedenen Perioden der deutschen Geschichte verwiesen werden. Sollte ein Unterschied nach dieser Richtung nicht gemacht werden dürfen, so würde sich nur ergeben, daß für die altfürstlichen Familien dasselbe wie für die Reichsgrafen gelten muß, daß nämlich nicht so strenge Anforderungen zu stellen sind, nicht aber dürfte man sagen, daß für den ganzen hohen Adel strenge Anforderungen zu stellen sind, weil ein Teil derselben sie gestellt habe.

B) Auch innerhalb derjenigen reichsständischen Familien, welche zum westfälischen Korrespondenzverein gehören, hat sich weder seit 1754

noch sonst eine auf Rechtsüberzeugung beruhende Übung gebildet, daß nur Ehen mit Damen des hohen Adels ebenbürtig waren. Es fehlt sowohl die Übung wie die Rechtsüberzeugung. Eine die Familien bindende Verpflichtung ist auf dem Grafentage zu Neuwied nicht übernommen. Anzuerkennen ist, daß es immer Bestrebungen gegeben hat, die Ebenburt der vornehmen Familien hinaufzuschrauben. Sie scheiterten aber an der Macht der Tatsachen, an der Ohnmacht, die einzelnen Familienmitglieder in der Wahl ihrer Frauen zu beschränken. Der beste Beweis ist die Eheschließungspraxis im Hause Lippe, der Inhalt des Brüdervergleichs von 1749 und die Ehe Friesenhäusen.

C) Es ist ganz willkürlich, für den Begriff der Ebenburt einen besonders qualifizierten alten Adel, nämlich einen solchen von vier Ahnen zu konstruieren. Wenn die Kinder einer Ehe, in der der Vater zum alten Adel gehört, die Mutter bürgerlich ist, zur altadligen Familie gehören, so sind sie in dieser ihrer Eigenschaft ebenbürtig, wenn nicht das Recht der betreffenden Familie strengere Anforderungen stellt.

Durch die vorstehenden Ausführungen sind die Angriffe der Gegenseite gegen die Richtigkeit der vom Schiedsgericht von 1897 seiner Entscheidung zugrunde gelegten Rechtsgrundsätze widerlegt.

Nach diesen Rechtsgrundsätzen unterliegt weder die Ehe des Grafen Wilhelm Ernst mit Modeste von Unruhe noch die des Grafen Ernst mit der Gräfin Wartensleben irgendwelchen Bedenken.

Was insbesondere die Unruh-Frage angeht, so sehen wir es nicht als unsere Aufgabe an, das ganze Material, welches dem früheren Schiedsspruch zugrunde lag, im einzelnen hier wieder vorzutragen. Es kann auf die überzeugende Ausführung des Schiedsspruchs darüber, daß der Generalleutnant Carl Philipp von Unruh der alten adligen Familie von Unruh angehörte, verwiesen werden. Es ist nicht ersichtlich, wie das damals vorliegende Beweismaterial durch das Auffinden seines Taufscheins vom 8. März 1731 und des Totenscheins seiner Mutter vom 8. November 1770 in seiner Schlüssigkeit erschüttert

sein soll, vielmehr ist der Beweis für die adlige Abstammung des Carl Philipp von Unruh dadurch erheblich verstärkt.

Man darf bei den entscheidenden Untersuchungen doch nie vergessen, daß es sich um Vorgänge handelt, die über 170 Jahre zurückliegen. An sich sind gewiß die Zeitgenossen am besten in der Lage, sich ein richtiges Urteil über den Personenstand eines Menschen zu bilden. Die Fäden, die von jedem Menschen nach den verschiedensten Seiten ausgehen, sind so mannigfach, daß die Zeitgenossen auch ohne Einsicht von Kirchenbüchern, Geburts- und Trauscheinen genau über seine Abkunft, seine Verwandten usw. unterrichtet sind. Während der ganzen Lebenszeit des Generalleutnants Carl Philipp von Unruh hat niemand an seiner legitimen Abkunft, an seiner Zugehörigkeit zur Familie von Unruh gezweifelt. Sein Sohn Carl Georg Friedrich Johann von Unruh war Königlich preußischer Offizier. Seine Karriere und die besonders ausgezeichnete Stellung, die er einnahm, machte es erforderlich, daß man bei Prüfung seiner Familienverhältnisse mit besonderer Vorsicht verfuhr. Er wurde am 30. März 1838 als Oberst zum persönlichen Adjutanten beim Prinzen Wilhelm, späteren Kaiser Wilhelm I., am 12. Oktober 1838 zum Militärgouverneur bei dessen Sohn Prinz Friedrich später Kaiser Friedrich und am 1. Januar 1840 zum Gouverneur des genannten Prinzen ernannt. Es scheint ausgeschlossen, daß eine solche Vertrauensstellung jemandem anvertraut wurde, ohne daß man über seine Familienverhältnisse die genauesten Nachforschungen angestellt hätte.

Unter diesen Umständen wird man überzeugendere Gründe für solche Zweifel haben müssen, wie solche von Herrn Refule von Stradonik entwickelt werden. Es ist kaum erklärlich, daß diese Ausführungen den Beifall eines Gerichtshofes, des Landgerichts Detmold, in seinem Erkenntnis vom 10. Juni 1903 gefunden haben, obwohl dies Gericht selbst anerkennt, daß es auf alle diese Dinge für die Entscheidung garnicht ankomme.

Zur Widerlegung der zum Teil ganz willkürlich aufgestellten Hypothesen wird verwiesen auf die Denkschrift des Archivrats Kiewning

in Detmold: Die Unruh-Frage in dem Urteil des Landgerichts Detmold vom 10. Juni 1903 (als Anlage überreicht).

Nur Folgendes soll hier hervorgehoben werden:

II des gegnerischen Schriftsatzes: Die Unruh-Frage.

1. Der wenige Monate nach Verkündung des Schiedsspruchs von 1897 in dem Taufregister der evangelischen Pfarrkirche St Marien zu Crossen a. O. aufgefundene Taufschein hat bekanntlich folgenden Wortlaut:

„den 8. Martii ist der Nahme des Batters ist Ludwig Philipp von Unruh, Lieutenant in Diensten bei seiner Königl. Majestät von Preußen. der Mutter Nahme ist Christiana Eleonore von Unruh geborene von Bruyn, des Kindes Nahme ist getauft Carl Philipp.“

Es gehört schon eine große Neigung, zu einem von vornherein ins Auge gefaßten Resultat zu gelangen, dazu, um die Hypothese aufzustellen, Christiane Eleonore von Unruh sei nicht die Ehefrau eines Leutnants Ludwig Philipp von Unruh gewesen. Die Unwahrscheinlichkeit dieser durch nichts unterstützten Vermutung tritt aber noch mehr hervor, nachdem es gelungen ist, den Totenschein der Mutter de dato Stettin aufzufinden des Wortlauts: „Am 8. Novbr. 1770 ist hier verstorben Frau Hauptmann Christina Eleonore von Unruh geborene de Brynen an einem Geschwür im Leibe im Alter von 67 Jahren.“ Angesichts dieser Urkunde sollte doch eigentlich der Zweifel nicht aufgeworfen werden, daß diese Dame mit einem Offizier verheiratet gewesen ist, der zum Hauptmann avanciert ist und von Unruh hieß.

Herr Refule von Stradonitz und mit ihm das Landgericht Detmold haben trotzdem Bedenken, weil ein Leutnant Ludwig Philipp von Unruh in den Armeelisten und auch sonst nicht nachzuweisen sei. Deshalb soll Karl Philipp diesen Vater nicht haben, sondern trotz der vielen dagegen sprechenden Gründe, die im Schiedsspruche zusammengestellt sind, ein uneheliches Kind sein. Wie unzuverlässig die Armeelisten usw. sind, ergibt sich aus dem von Herrn Archivrat Kiewning in der oben angezogenen ausführlichen Besprechung zusammengestellten Material.

Besonderes Gewicht legt die Gegenseite auch auf einen Brief eines gewissen Scheel an den Ordensrat König vom 21. August 1783, abgedruckt bei Hans Kiewning: Der Taufschein des Carl Philipp von Unruh. Detmold 1902, S. 100; wenn ausgeführt wird, die darin mitgeteilte Äußerung des damaligen Majors von Unruh über seine Verwandtschaft sei offenbar falsch und deshalb verdächtig, so bedarf es nur des Hinweises darauf, daß man nicht weiß, wer Scheel ist, und nicht weiß, ob er den Major von Unruh richtig verstanden hat.

Übrigens ist die Tatsache der Verwandtschaft des Carl Philipp von Unruh mit dem Hause von Unruhe auf Striche durch seine Mutter nunmehr durch den Taufschein festgestellt, wie Kiewning einwandfrei nachgewiesen hat.

Die Annahme der Gegenseite, Karl Philipp von Unruh habe den Scheel belogen, beruht auf der unhaltbaren Voraussetzung, daß er gleichzeitig ihn an Herrn Alexander von Unruh auf Döbbernitz verwies, wo jener, wenn nicht auch dieser im Komplott war, sofort erfahren mußte, daß die Angabe falsch sei.

Ferner wird behauptet, schon im Jahre 1805 wären der General von Unruh resp. dessen Kinder nicht mehr in der Lage gewesen, seine Abstammung nachzuweisen. Das soll hervorgehen aus dem bei Kiewning, Taufschein S. 4, mitgeteilten Briefe des Grafen Wilhelm Ernst vom 8. Oktober 1805. Der Brief ist geschrieben nach dem Tode des Generals, der am 30. September 1805 gestorben war. Er enthält nichts darüber, daß an dessen ehelicher Abkunft irgend ein Zweifel bestand, oder daß dessen Vater nicht aufzufinden war. Ohne allen Grund wird er in Verbindung gebracht mit einer im Jahre 1829, also 24 Jahre später, aufgestellten Hohenthalschen Ahnentafel. Solange man nicht weiß, wodurch die Angaben in dieser veranlaßt sind, und nicht weiß, auf wen sie zurückzuführen sind, scheint es doch ausgeschlossen, die Behauptung aufzustellen, der General von Unruh habe seinen Vater nicht gekannt.

2. Die Versuche, aus der Person der Taufzeugen Schlüsse auf die uneheliche Geburt der Kinder zu ziehen, dürften in das Gebiet der

Phantasie verwiesen werden. Wer weiß denn, unter welchen Umständen es zur Taufe kam, ob es nicht eine Nottaufe war?

3. Ebenso phantastisch ist der Gedanke, der König von Preußen würde nie seine Genehmigung zur Verheiratung eines seiner Offiziere mit der Tochter eines in *contumaciam* zum Tode verurteilten, später aber begnadigten Mannes, des Herrn Bogislaw Wilhelm von Bruhn, gegeben haben. Merkwürdigerweise ist es gelungen, die Geschichte dieses Mannes aufzuklären.

Kiewning, Taufschein S. 96, und Denkschrift.

Es bedarf aber eines Hinweises darauf gar nicht, um die Grundlosigkeit des ganzen Arguments zu entkräften.

4. Für belastend wird von der Gegenseite besonders das Verhalten des Generals von Unruh bezeichnet, von dem man nach dem Ergebnis der Refute-Untersuchungen gewiß nicht sagen könne, daß seine Angaben in bezug auf seine Abstammung besonderes Vertrauen verdienen.

Die Gründe, die dazu führen, einen Mann, trotz eines langen, ehrenvollen Lebens, zu verdächtigen, sind in der Tat recht unbeachtlich.

Zunächst ist, wie oben schon hervorgehoben ist, mit nichts erwiesen, daß Carl Philipp von Unruh einem gewissen Scheel, um ihn irre zu führen, falsche Angaben über seine Abstammung gemacht hat.

Unerheblich ist, daß Modeste von Unruh im Kontexte ihres Ehevertrages vom 26. Juli 1803 als Frei Fräulein bezeichnet ist. Daß sie es nicht war, ist nicht bewiesen. Hätte ihr Vater sich, wie die Gegenseite behauptet, als Freiherr unterschrieben, so würde darin ein starkes Beweismoment dafür liegen, daß er sich zur Führung des Titels für berechtigt gehalten hat. Seine Unterschrift lautet aber nur Carl Philipp von Unruh. Es ist nicht anzunehmen, daß der Kontext der Urkunde von ihm herrührt. Er ist dafür nicht verantwortlich zu machen. Die Annahme des Detmolder Urteils, daß die unrichtige Bezeichnung der Braut als Freifräulein mit Rücksicht auf den Brüdervergleich von 1749 vorgenommen ist, ist durch nichts begründet.

5. Aus dem Umstande, daß nicht der Versuch gemacht ist, für Modeste von Unruh eine Standeserhöhung beim Reiche zu beantragen,

wird in dem Detmolder Urteil geschlossen, die Standeserhöhung sei nicht nachgesucht, weil man sich gescheut habe, die Familienverhältnisse Modestes, beziehungsweise ihres Vaters, zum Gegenstand der Erörterung und Nachprüfung zu machen. Bei dieser Ungeheuerlichkeit werden die naheliegendsten Bedenken übersehen.

Die Standeserhöhung der Modeste von Unruh konnte einen Sinn nur haben, wenn sie vor der Eheschließung erfolgte. Es wird also für möglich gehalten, daß der Graf zur Lippe schon vor der Ehe gewußt habe, es lasse sich nicht nachweisen, woher der Vater seiner Braut stamme, und es sei bedenklich, seine Familienverhältnisse aufzuklären.

Ist es denkbar, daß er solche Ehe abgeschlossen hätte? Ist es denkbar, daß sonst niemand solche Zweifel gehabt, wenn Grund dazu vorhanden gewesen wäre? Und doch hat vor Herrn Refule von Stradonitz kein Mensch solche Bedenken, wie sie jetzt erhoben werden, gehabt. Man wird es nicht für nötig gehalten haben, Modeste von Unruh in den Freiherrnstand zu erheben, weil man glaubte, sie gehöre einer Freiherrlichen Familie an. Kann dies nicht bewiesen werden, so flieht daraus nicht das Recht ab, die Mitglieder einer hochangesehenen Familie mit unwürdigem Verdacht, wie geschehen, zu kränken.

Sollten diese Bemerkungen nicht genügen, den Zweifel an der adligen Abkunft Carl Philipps von Unruh zu beseitigen, so wird auf die Ausführungen in dem Taufschein des Carl Philipp von Unruh, Kritische Bemerkungen von Hans Kiewning, Detmold 1902, und die bereits oben angezogene Denkschrift desselben Herrn verwiesen.

Ubrigens dürfte es auf alle Versuche, die Ebenbürtigkeit der Ehe des Grafen Wilhelm Ernst mit Modeste von Unruh und des Grafen Ernst mit der Reichsgräfin Caroline von Wartensleben anzugreifen, nicht ankommen, weil sie nicht nur in der Lippischen Gesetzgebung, sondern auch von den zur Zeit des Abschlusses derselben und den jetzt lebenden Agnaten bis in die neueste Zeit anerkannt ist.

Damit komme ich zu den höchst wichtigen von der Gegenseite sub V behandelten, mit einem Fragezeichen versehenen Anerkennungen.

In der Lippischen Verfassungsurkunde vom 6. Juli 1836, Tit. I, § 5, Abs. 3, hat die Zugehörigkeit des Grafen zur Lippe-Biesterfeld zum fürstlichen Hause ausdrückliche Anerkennung gefunden. Aus der bei Kahl, Ebenbürtigkeit und Thronfolge, S. 78 ff. mitgeteilten Entstehungsgeschichte ergibt sich, daß man bei diesen Verhandlungen ganz allgemein die Deszendenz des Grafen Wilhelm Ernst als sukzessionsfähig anerkannt hat, und daß die Bestimmung in die Verfassung aufgenommen ist, um die Berechtigung dieser Sukzessionsfähigkeit zum Ausdruck zu bringen.

Gutachten der Leipziger Juristenfakultät, S. 25 ff.

Diese Anerkennung entsprach dem Rechtszustande, wie er sich in der Familie der Grafen Lippe herausgebildet hatte.

Die Zugehörigkeit zu einer Familie des hohen Adels wird nicht nur durch Abstammung aus einer ebenbürtigen Ehe, sondern kann ebenso gut durch die Aufnahme in die Familie durch Adaption erfolgen. Diese Aufnahme braucht nicht ausdrücklich, sie kann auch stillschweigend geschehen. Mit Recht wird in dem Gutachten der Leipziger Juristenfakultät hervorgehoben, daß, wenn die Agnaten vom Abschluß der Ehe gehört haben, wenn sie sehen, daß für die Ehe die Rechte der Ebenbürtigkeit in Anspruch genommen werden, sie verpflichtet sind, ihren Widerspruch gegen die Zugehörigkeit der Ehefrau und ihrer Kinder zur Familie zu erheben, falls sie solche bestreiten wollen. Es entscheidet die Gesamtheit der volljährigen Agnaten, die zur Zeit des Eintritts in die Familie oder dessen Bekanntwerden vorhanden sind. Etwaige Einwendungen sind nur beachtlich, wenn sie innerhalb einer den Umständen entsprechenden Frist erhoben werden.

Gutachten der Leipziger Juristenfakultät, S. 31.

Nun ist aber bis in die neueste Zeit die Ebenbürtigkeit der Ehe des Grafen Wilhelm Ernst mit Modeste von Unruh von sämtlichen Agnaten anerkannt worden.

Zur Zeit der Eingehung dieser Ehe im Jahre 1803 waren 12 Agnaten am Leben. (cf. Zängerle Thronfolge in Lippe-Detmold, Regensburg 1896, S. 23/24.) Während der Bruder des Grafen Wilhelm Ernst, der Graf Johann Carl, sich die größte Mühe gab, die Ein-

willigung der Agnaten zu seiner Ehe mit Bernhardine von Sobbe zu erhalten, hat sich gegen die Ehe des Grafen Wilhelm Ernst, des Erstgeborenen der Linie, kein Widerspruch erhoben. Es ist nicht denkbar, daß dies nicht geschehen wäre, wenn man die Ebenbürtigkeit der Ehe nicht hätte anerkennen wollen. Welche Auffassung in der Familie herrschte, ergibt sich aus dem bei Kahl, S. 73, mitgeteilten Briefe der Fürstin-Regentin von Lippe-Detmold vom 10. August 1803.

Aus der Ehe gingen Kinder hervor. Diese nahmen alle Vorrechte und Ehren der Grafen zur Lippe in Anspruch. Sie führten öffentlich und vor jedermanns Augen Wappen und Titel der Grafen zur Lippe. Kein Agnat hat dem widersprochen.

Wie sich aus den bei Kahl, S. 78, mitgeteilten Urkunden ergibt, unterstützte der Fürst Paul Alexander Leopold aufs lebhafteste die Bemühungen des Grafen Ernst Wilhelm, für sich und seine Nachkommen aus seiner Ehe die Standesrechte des hohen Adels in Preußen zu erlangen.

Auch die Entstehungsgeschichte des Tit. I, § 5, Abs. 3 der Lippischen Verfassungsurkunde ergibt, daß niemand an der Zugehörigkeit der Nachkommen der Modeste von Unruh einen Zweifel hatte. Entscheidend ist aber, daß zu den durch die Verfassung bestätigten, in den Hausverträgen begründeten Rechten nach § 5 des Hausvertrages von 1762 das Recht der Bescheidung des Landtages gehörte, und daß dieses Recht von 1840 bis in die siebziger Jahre vom Grafen Julius, dem Sohne der Modeste von Unruh, ohne Widerspruch ausgeübt ist. Noch am 20. April 1876 hat Fürst Woldemar den Grafen Julius zur verfassungsmäßigen Teilnahme an dem Landtage eingeladen.

Kahl, S. 79.

Im Jahre 1844 ist dem Grafen Julius und demnächst dem jedesmaligen Senior der Lippe-Biesterfelder Speziallinie vom Fürsten Leopold das Prädikat Erlaucht erteilt. Hätte ein Agnat die Zugehörigkeit zur Familie bestreiten wollen, so hätte er dazu durch solche Ehrung der Grafen in ihrer Eigenschaft als Senioren der Familie die zwingendste Veranlassung gehabt.

Kahl, S. 81.

Nicht unerheblich sind auch die Verhandlungen im Jahre 1850 betreffend die Abtretung des lippischen Anteils der Stadt Lippstadt an Preußen. Es hat die Schaumburg-Lippische Regierung mit dem Grafen Julius als Agnaten verhandelt. Es ist nicht möglich, daß solches ohne Kenntniss des regierenden Fürsten geschehen ist.

Rahl, S. 84.

Im Jahr 1853 folgt dann die bereits in anderem Zusammenhange besprochene Deklaration vom 10. Mai 1853, in der die Rechte des Grafen Julius ausdrücklich anerkannt werden,

Rahl, S. 73,

und die Einwilligung zur Ehe des Grafen Ernst im Jahre 1868.

Von besonderer Wichtigkeit ist das neuerdings aufgefundenene Protokoll vom 25. Juni 1855 über Verhandlungen in Gegenwart Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht des Fürsten Leopold zur Lippe, Seiner Erlaucht des Herrn Grafen Julius zur Lippe-Biesterfeld, Seiner Erlaucht des Herrn Grafen Leopold zur Lippe, Seiner Erlaucht des Herrn Grafen Constantin zur Lippe, von dem beglaubigte Abschrift hierneben überreicht wird. Es ergibt sich daraus, daß sämtliche Beteiligten mit Rücksicht auf ein zu erlassendes Hausgesetz die derzeit lebenden Nachkommen des weiland Grafen Friedrich Carl August unter dem Beinamen zur Lippe-Biesterfeld und des weiland Grafen Friedrich Johann Ludwig unter dem Beinamen zur Lippe-Weißensfeld als Angehörige resp. Agnaten des fürstlichen Hauses anerkannt haben.

Charakteristisch ist ferner, daß in allen Korrespondenzen der Graf Julius von dem regierenden Herrn als Euer Liebden angeredet wird, ein Titel, der nur den Mitgliedern der Familien des hohen Adels zukommt. Es hat auch der Fürst Leopold den Grafen Julius neben dem Grafen Constantin bei den Verhandlungen über die Feststellung eines Hausgesetzes zugezogen.

Rahl, S. 85.

Von erheblichem Gewichte ist auch, daß bis in die neueste Zeit die Nachkommen des Grafen Wilhelm Ernst die auf dem Hauptvergleich vom 22.—24. Mai 1762 beruhende sogenannte Lippische Rente ohne

Widerspruch der Agnaten bezogen haben. Gleichgültig ist, daß in den letzten Jahren ihnen dieses Recht von den Gerichten aberkannt ist, weil nicht nachgewiesen sei, daß Modeste von Unruh aus freiherrlichem Stande abstamme. Diese Urteile können die in der widerspruchslos erfolgten Auszahlung liegende Anerkennung überhaupt nicht beseitigen. Insbesondere ist aber auch auf Folgendes aufmerksam zu machen.

Wie in dem Schiedsspruche vom 22. Juni 1897 mit Recht ausgeführt ist, Schiedsspruch S. 26ff., ist der Brüdervergleich vom 14. Aug. 1749 und insbesondere der § 18 desselben nur auf die Sukzession in das aus Paragialbesitzungen gebildete Fideikommiß zu beziehen, nicht auf die Sukzession in das übrige Familienvermögen. Ein Urteil, wodurch festgestellt wird, daß jemand Rechte aus dem Fideikommiß nicht hat, kann daher nie dafür geltend gemacht werden, daß er nicht zur Familie gehöre.

Die Agnaten können sich auch nicht darauf berufen, daß ihnen keine Veranlassung zum Proteste gegeben sei. Allgemein werden die Herren Grafen zur Lippe-Biesterfeld als Mitglieder eines vormals reichsunmittelbaren Hauses anerkannt. Sie sind im fürstlich Lippischen Kalendar, der bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts offiziell redigiert wurde, als erste und nächste Erbherren aufgeführt und dadurch ist im ganzen Lande die Überzeugung verbreitet, daß sie zur Familie des regierenden Herrn gehören und zu dessen Nachfolge berufen sind.

Da in Lippe-Detmold von den Agnaten die Zugehörigkeit zu der Familie des hohen Adels nicht bestritten wurde, so hat auch die preussische Regierung solche anerkannt. Die Herren Grafen zur Lippe-Biesterfeld sind von Militärlasten und Geschworenendiensten, als zu einer Familie des hohen Adels gehörig, von jeher befreit gewesen.

Gleiche Gesichtspunkte führen zur Ausschließung der Anfechtung der Ehe des Grafen Ernst mit der Gräfin Caroline von Wartensleben.

Wie schon oben hervorgehoben ist, sind gegen die Ebenburt der bereits im Jahre 1869 geschlossenen Ehe bis in die allerneueste Zeit, also innerhalb eines Zeitraumes von über 30 Jahren, keinerlei Ein-

wendungen erhoben. Mit Recht wird in dem Gutachten der Leipziger Juristenfakultät S. 31 hervorgehoben, daß das Haus, dem die Anerkennung oder Nichtanerkennung der Zugehörigkeit zur Familie obliegt, die Gesamtheit der volljährigen Agnaten ist, die zur Zeit des Eintritts eines neuen Mitgliedes oder seines Bekanntwerdens dem Hause angehören, und daß, wenn solche Anerkennung dem Hause der Familie übertragen ist, dafür das Haupt zu dieser Zeit in Betracht kommt.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß sämtlichen Familienmitgliedern, einschließlich der Linie Schaumburg-Alverdissen, die Deklaration vom 10. Mai 1853 bekannt geworden ist, daß auch niemand dagegen Widerspruch erhoben hat. Sie ist Lippisches Hausgesetz.

In Gemäßheit dieser Deklaration ist die Ebenbürtigkeit der Ehe des Grafen Ernst ausdrücklich anerkannt. Sie ist im voraus genehmigt.

Sollte aber irgend einer der Agnaten geglaubt haben, Einwendungen erheben zu dürfen, so durfte er, wenn er nicht als zustimmend angesehen werden wollte, nicht stillschweigend dulden, daß die Vorrechte der ebenbürtigen Ehe vom Grafen Ernst für sich, seine Frau Gemahlin und die aus der Ehe entsprossenen Kinder, wie geschehen, in Anspruch genommen wurden.

Auch hier wird auf die überzeugenden Ausführungen in dem Gutachten des Geh. Justizrats und Professor Dr. Otto Gierke, Berlin 1. Januar 1905, Bezug genommen.

Alle diese Erwägungen führen dazu, daß die in bezug auf die Ebenbürtigkeit der Ehen in der Linie der Grafen zur Lippe-Biesterfeld aufgeworfenen Zweifel und damit der Antrag Seiner Durchlaucht des Fürsten Georg von Lippe-Schaumburg der Begründung entbehren.

Leipzig, 1. Februar 1905.

Erhythropel,
Geh. Justizrat.

**Beglaubigte Abschrift aus den Ministerialakten
Abteilung I. 3, Nr. 4.**

Geschehen Detmold, den 25. Juni 1855.

In Gegenwart

Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht des Fürsten **Leopold** zur Lippe;
Sr. Erlaucht des Herrn Grafen **Julius** zur Lippe-Biehsfeld;
Sr. Erlaucht des Herrn Grafen **Leopold** zur Lippe;
Sr. Erlaucht des Herrn Grafen **Constantin** zur Lippe.

Nachdem Se. Hochfürstliche Durchlaucht des Fürsten Leopold den neben genannten Herren Grafen zur Lippe Höchstdero freundwilligste Geneigtheit zu erkennen gegeben hatten, zur Aufrechthaltung und Festigung der staatsrechtlichen Stellung des Gesamthauses, sowie der Anerkennung sämtlicher Glieder desselben in ihrer Eigenschaft als Zugehörige eines souverainen deutschen Fürstenhauses durch ein autonomisches Familienstatut eine dauernde Grundlage herzustellen, von Seiten der Herren Grafen diese gnädigste Gesinnung auch mit dankbarster Anerkennung als die Erledigung eines lange gefühlten Bedürfnisses acceptirt worden war, so ergab sich als nächste Einleitung dieser wichtigen Angelegenheit die Notwendigkeit einer Feststellung der Hauptpräliminarpunkte der beabsichtigten Familieneinigung.

Nach Maßgabe der bereits gepflogenen früheren Verhandlungen, sowie der momentanen Zeitverhältnisse wurden der Reihe nach folgende als auf Einverständnis beruhende Grundsätze festgestellt:

1.

Der regierende Fürst zur Lippe wird von sämtlichen Gliedern des Gesamthauses als Familienhaupt mit allen Prärogativen des dynastischen Familienstaatsrechts auf alle Zeiten anerkannt.

2.

Anderseitig werden von demselben nächst den Prinzen der Fürstlichen Linie, die beiden gräflichen Linien der Nachkommen des weiland Grafen Friedrich Carl August, unter dem Beinamen zur Lippe-

Biesterfeld und des weiland Grafen Friedrich Johann Ludwig unter dem Beinamen zur Lippe-Weißensfeld in ihren sämtlichen jetzt lebenden Abkömmlingen als Angehörige resp. Agnaten des Fürstlichen Hauses agnoscirt.

3.

Für die Zukunft ist die weitere Anerkennung unbedingt von dem Umstande abhängig, daß die Descendenten der anerkannten Glieder des Gesamthauses ihre Abkunft aus einer mit ausdrücklicher Genehmigung des Fürstlichen Familienhaupts abgeschlossenen und vollzogenen Ehe nachzuweisen vermögen.

4.

Sämtlichen jetzt lebenden Familiengliedern der beiden gräflichen Häuser ist das Prädicat Erlaucht zugestanden.

5.

Den Stammältesten der beiden Linien ist die Vertretung der Familienglieder ihrer Linie zugewiesen. Im Falle eines Hindernisses in der Person des Stammesältesten hängt die Bestimmung dieser Vertretung von dem Fürstlichen Familienhaupte ab.

6.

Da eine standesmäßige äußere Stellung von der Würde eines Mitgliedes eines souverainen Fürstenhauses nicht füglich getrennt werden kann, so wird das Hausgesetz auf die Aufnahme angemessener Bestimmungen Bedacht nehmen, daß den agnatischen Ehrenrechten unter Umständen temporär verzichtet oder deren Suspension bis zur Gewinnung eines standesmäßigen Vermögensbesitzes ausgesprochen werden kann.

7.

Der in den Acten beanstandeten Anerkennung der Familiendescendenz des Grafen Carl Friedrich Hermann soll keine Folge gegeben, sondern vielmehr agnoscirt werden.

8.

Für wichtigere Familienangelegenheiten wird der Fürst unter beliebiger Zuziehung der von ihm geeignet gefundenen Agnaten einen Familienrath bilden.

Die majorennen Prinzen des Fürstlichen Hauses, sowie die Stammesältesten beider Linien werden nothwendige Mitglieder sein.

9.

Den Agnaten wird das Inventarium des Fürstlichen Fideicommißvermögens zur Kenntniss gebracht werden.

10.

Bei allen das Fürstliche Hausfideicommißvermögen betreffenden Veräußerungen, oder dasselbe betreffenden Anleihen wird der agnatische Consens zur Gültigkeit erfordert.

11.

Die bestehenden Hausgesetze und Hausverträge der Haupt- und Nebenlinien sollen einer Revision unterworfen, alle näheren Bestimmungen nach Maßgabe der obigen Präliminarverabredungen in einen Hausgesetzentwurf gebracht und neben den Prinzen des Hauses den beiden Chefs der Nebenlinien zur Prüfung und Monirung vorgelegt werden.

12.

Nach allseitiger Vereinigung wird des Fürsten Durchlaucht die erforderliche Einleitung treffen, daß die hausgesetzlichen Prärogativen auch in den übrigen Bundesstaaten die erforderliche Anerkennung erhalten und den Familiengliedern mindestens die in dem Art. 14 der Bundesacte den Mediatisirten zugesicherten Vorzüge zugestanden werden.

Der unterzeichnete Protocollführer wurde demnächst von Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht beauftragt, unter der obigen Grundlage einen Hausgesetzentwurf auszuarbeiten und soll derselbe sodann den Fürst-

lichen Prinzen sowie den beiden Chefs der gräflichen Linie zur weiteren Verhandlung mitgeteilt werden.

Sämmtliche höchste und hohe Interessenten haben dieses Protocoll genehmigt und mit Ihren Namenszeichen am Rande versehen.

Nachrichtlich

gez. Dr. L. H. Fischer.

gez. Leopold F. z. L.
„ Julius Gf. z. Lippe.
„ Constantin G. z. Lippe.
„ Leop. Grf. zur Lippe.

Die Übereinstimmung der vorstehenden Abschrift mit der Urschrift wird beglaubigt.

Detmold, den 13. Dezember 1904.

L. S.

Fürstliches Staatministerium.
Gevefot.